

WIR

aktiv vor Ort

Informationen aus den Landesvereinigungen

Senioren Union

CDU



Inhalt

Nordrhein-Westfalen

- Bessere Hilfe bei Schlaganfällen 2

Bremen

- Hans Burow ist neuer Landesvorsitzender 3

Niedersachsen

- Niedersachsen springt weiter! 4

Oldenburg

- Senioren geben Startschuss zum Landtagswahlkampf in Niedersachsen! 8

- „Grundsätzlich CDU“

Hessen

- Senioren-Union aktiv vor Ort 9

Rheinland-Pfalz

- Energiepolitik diskutiert mit Metzler 9

Saarland

- Generationendialog ist die Zielsetzung 10

8 Schleswig-Holstein

- Neuwahlen Senioren-Union RD-ECK 10

Baden-Württemberg

- Zukunft braucht Erfahrung 11

9 Thüringen

- Innere Sicherheit und Schutzmaßnahmen für Senioren im Alltag 12



Bessere Hilfe bei Schlaganfällen



V.l.n.r.: Peter Fröhlingsdorf, Bezirksvorsitzender der Senioren-Union Ostwestfalen/Lippe, Helge Benda, Landesvorsitzender der Senioren-Union NRW, Dr. Michael Brinkmeier, Vorsitzender der Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe.

Nordrhein-Westfalen. Die Zahlen beunruhigen: Rund 270.000 Menschen erleiden pro Jahr in Deutschland einen Schlaganfall. Er ist die dritthäufigste Todesursache und der häufigste Grund für spätere Behinderungen im Erwachsenenalter. „Der Schlaganfall ist eine Volkskrankheit, eine wachsende Herausforderung – für den einzelnen Betroffenen, seine Familie, sein Umfeld und für die ganze Gesellschaft“, sagt Liz Mohn, die Präsidentin der Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe. Die Vorsitzende der Bertelsmann Verwaltungsgesellschaft gründete 1993 diese Einrichtung in Gütersloh, denn sie kennt aus familiärer Erfahrung die Relevanz von Nachsorgeprogrammen und neurologischer Rehabilitation bei Schlaganfällen.

Höhere Überlebenschancen

Peter Fröhlingsdorf, der Vorsitzende des SU-Bezirks Ostwestfalen-Lippe, hatte die Idee, diese gesundheitspolitische Vorzeigeeinrichtung seinen Mitstreitern aus der Senioren-Union vorzustellen und lud Anfang Mai zu einem Besuch der Stiftung ein. Ein-

geführt in das Thema wurden die Teilnehmer von Dr. Michael Brinkmeier, der von 2000 bis 2012 Mitglied der CDU-Landtagsfraktion NRW war. Er ist nun Vorstandsvorsitzender der Schlaganfall-Hilfe, deren Zentrale sich in einem eindrucksvoll restaurierten ehemaligen Sparkasengebäude in der Gütersloher Innenstadt befindet. Über Fortschritte bei der Bekämpfung dieser Volkskrankheit konnte er gleich zu Beginn seines Vortrages berichten: „Heute überleben doppelt so viele Menschen einen Schlaganfall wie noch vor 25 Jahren“. Einen entscheidenden Anteil daran hätten die gute Akutversorgung und die unermüdliche Aufklärungsarbeit, zu der vor allem die Stiftung beiträgt. Aktuell gibt es in Deutschland 1,8 Millionen Menschen, die mit den Folgen eines Schlaganfalls leben.

Ganzheitlicher Ansatz fehlt

Eine Hauptaufgabe der Schlaganfall-Hilfe ist es laut Dr. Brinkmeier, ein Patientenlotsen-Programm zu installieren, die Lotsen auszubilden, als „Informationsmanager“ einzusetzen und letztlich die gesamte komplexe Situation der Patienten in den Fokus zu nehmen.

„Die Betroffenen selbst sind offensichtlich nicht in der Lage, diese Komplexität zu durchdringen, und ihre professionellen Akteure wollen, können oder dürfen es nicht. Die Ursache des Problems liegt in der Struktur unseres Gesundheits- und Sozialsystems. Darin kennt jeder Versorger nur seinen Abschnitt, ein ganzheitlicher Ansatz fehlt“. Tatsächlich sind die Sozialgesetzbücher historisch gesehen auf die Grundprobleme wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Altersarmut ausgerichtet und inzwischen kamen immer differenzierte Angebote hinzu. Schlaganfall-Patienten und ihre Angehörigen aber haben mit vielen Pro-

blemen gleichzeitig zu kämpfen und brauchen jemand, der „den ganzen Fall managed“. Dazu kommen noch erhebliche Probleme mit dem Datenschutz. „Wir haben von Fällen gehört, wo Menschen letztlich wegen Datenschutzvorschriften gestorben sind“, sagt Dr. Brinkmeier erzürnt.

In OWL kommt der Lotse ans Krankenbett

Nehmen wir einen konkreten Fall: Ein Mensch erleidet einen Schlaganfall. Nichts ist mehr für ihn und seine Familie so, wie es vorher war. Er muss damit rechnen, für den Rest seines Lebens mit Behinderungen und mit der Angst vor einem weiteren Schlaganfall zu leben. Falls dieser Mensch in Ostwestfalen-Lippe lebt, hat er Glück. Denn dort tritt bereits in der Akutklinik ein Lotse an sein Krankenbett und fragt: „Soll ich mich um Sie kümmern? Das ist freiwillig und kostenfrei. Ich bin ein Jahr professionell für Sie da und lotse Sie durch diese Zeit, damit Sie bald wieder ein möglichst gutes Leben führen können.“ Diese Lotsen sind Case- und Caremanager. Dies ist ein zertifiziertes Berufsbild, das es ermöglicht, für den Betroffenen einen roten Faden durch seine schwierige komplexe Lebenslage zu ziehen. Solche lotsenartigen Tätigkeiten gibt es quer durch verschiedene Indikationen. Durch ihre Beratung lassen sich Probleme oft schneller lösen, wodurch auch Krankenkassen profitieren. Dr. Brinkmeier: „Ein Lotse ist der Einzige, der das System komplett kennt“. Spätestens beim Übergang von der Rehabilitation zur Nachsorge sollte sich der Lotse „als Kümmerner“ einbringen. Bisher geschieht das meistens durch ehrenamtliche Selbsthilfegruppen, von denen es in Deutschland einige hundert gibt. „Aber das reicht nicht“, so Brinkmeier: „Das Ehrenamt darf nicht den Lückenbüsser spielen, wo professionelle Unterstützung gefragt ist.“



Helge Benda verspricht Unterstützung

Inzwischen hat die Schlaganfall-Hilfe unter Federführung von Dr. Brinkmeier einen Entwurf für ein „Lotsengesetz“ in den politischen Diskurs eingebracht. Sie will das Case- und Caremanagement bundesweit organisieren, gesetzlich verankern und im Sozialgesetzbuch festschreiben. Ob das schon in dieser oder wahrscheinlicher in der nächsten Legislaturperiode geschieht, ist schwer vorhersehbar. Deutschlands Gesetzesmühlen arbeiten langsam, oft zu langsam, wie uns beinahe tagtäglich die mühsame Energiewende vor Augen führt. Entsprechend gab es auch viele Fragen der Teilnehmer zur Durchsetzbarkeit und Finanzierung, aber auch zur Alltagspraxis der Lotsen. „Haben die

Lotsen genug Zeit für ihre Patienten? Oder wie wird man Lotse?“ All diese Fragen werden in den zahlreichen Flyern, Infobroschüren und auf der Webseite der Schlaganfall-Hilfe ausführlich beantwortet. Das Informationsangebot ist beeindruckend vielfältig. Die wichtigste Information aber lautet: „Wählen Sie bei Verdacht auf Schlaganfall sofort den Notruf 112.“

Einhellig stießen die Ausführungen und Pläne von Dr. Brinkmeier auf Zustimmung unter den Teilnehmern. Die Senioren-Union werde künftig als Multiplikator für diese Idee werben, versprach der Landesvorsitzende Helge Benda. Durch den demografischen Wandel und eine steigende Lebenserwartung würden völlig neue Berufe im Gesundheitswesen entstehen, wie zum Beispiel die „Entlastende Vorsorge-Assisten-

tin“ (EVA-Projekt). Ähnlich wie ein Lotse würde auch sie die hausärztliche Vor- und Nachsorge ergänzen und moderieren, betonte Benda. Sicher kann die Senioren-Union ihren Beitrag leisten, dass der kluge Einfall von Gütersloh bald auch in Berlin Gehör findet. Immerhin haben sich mit Jens Spahn und Karl Lauterbach bereits zwei Bundesgesundheitsminister über das innovative Projekt vor Ort informiert.

Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe

Schulstr. 22, 33330 Gütersloh
Internet: schlaganfall-hilfe.de
Telefon: 05241-9770-0
E-Mail: info@schlaganfall-hilfe.de

Hans Burow ist neuer Landesvorsitzender

Bremen. Am 29.06.2022 fand die Mitgliederversammlung der des SU-Landesverbandes Bremens in der Gastronomie „Am Blink“ in Bremerhaven statt. Der gesamte Vorstand musste neu gewählt werden. Die Letzte Mitgliederversammlung des Landesverbandes Bremen war am 17. Mai 2018. Die Pandemie ließ eine frühere Versammlung nicht zu.

Die Wahlen wurden vorschriftsmäßig durchgeführt. Einstimmig wurde Hans Burow aus Bremerhaven zum 1. Landesvorsitzenden gewählt.

Vertreter sind:

- Klaus Gnerlich, Kreisverband Bremerhaven
- Michael Meyer, Kreisverband Bremen-Stadt
- Detlef Scharf, Kreisverband Bremen Nord

Der Schatzmeister, Herr K.H. Bramsiepe, hatte darum gebeten,

sein Amt abgegeben zu können. Nachfolger ist Peter Skusa.

Alle übrigen Positionen wurden ebenfalls neu besetzt.

Wie bereits erwähnt, die Mitgliederversammlung findet normalerweise im Mai statt. Wegen der Pandemie und wegen des Todes des 1. Landesvorsitzenden, Herr Weddige von der Schulenburg, gab es diese Verzögerung.

Der Kreisverband Bremen-Stadt konnte sich wieder regenerieren und hat mit Herrn Michael Meyer einen engagierten Vorsitzenden. Auch Bremen Nord konnte sich die Führung wesentlich verjüngen. An der Spitze steht nun der neue Vorsitzenden Detlef Scharf mit viel Erfahrung im politischen Geschäft.

Der Kreisverband Bremerhaven ist nach wie vor mit mindestens drei Veranstaltungen pro Monat mit Themen aus Politik und vielen anderen Bereichen aktiv.



Abgesprochen ist, dass die Kreisverbände Bremen und Bremerhaven enger zusammenarbeiten und sich gegenseitig bei ihren Vorhaben unterstützen. Es bestehen sehr gute Verbindungen zu den Kreisverbänden Niedersachsens im näheren Umfeld von Bremerhaven.

Alle Vorstände sind bemüht, die Interessen der Senioren konsequent zu vertreten und nach Möglichkeit durchzusetzen.



Der neue Landesvorstand.



Niedersachsen springt weiter!

Am 9. Oktober 2022 findet die Landtagswahl in Niedersachsen statt.

Die großartigen Erfolge der CDU bei den Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen haben gezeigt, die Wählerinnen und Wähler vertrauen der Union. Wir wollen am 9. Oktober 2022 ein ebenso gutes Ergebnis erzielen und mit frischen Ideen Niedersachsen nach vorne bringen. Rainer Hajek, Landesvorsitzender der Senioren-Union, sprach mit dem Spitzenkandidaten und Landesvorsitzenden der CDU in Niedersachsen, Dr. Bernd Althusmann über die Zukunft der Seniorenpolitik.



Fotos (3): CDU Niedersachsen



Foto: Hans Versteegen

Niedersachsens Krankenhauslandschaft wird sich künftig stark verändern. Ist die flächendeckende Versorgung damit noch gewährleistet?

Althusmann: Um die flächendeckende Versorgung auch in Zukunft zu sichern und die Menschen in Niedersachsen eine gute stationäre Versorgung vorfinden, werden wir weiter in unsere Krankenhausstruktur investieren. Wir wollen durch die Einführung von Versorgungsstufen die Versorgungsqualität weiter steigern und eine verlässliche Grundversorgung sicherstellen. Die notwendigen Investitionsmittel für den strukturellen Umbau der niedersächsischen Krankenhäuser werden dafür zügig auf acht Prozent der Gesamterlöse der stationären Leistung erhöht. Insbesondere das stark gefor-

derte Pflegepersonal hat einen viel zu hohen Zeitaufwand zu leisten für schlechte Dokumentationsaufgaben. Diese Zeit sollte für die Versorgung von Patientinnen und Patienten zur Verfügung stehen, nicht für ‚Schreibkram‘, um es salopp zu formulieren. Das muss sich ändern.

Jedes Jahr gehen in Niedersachsen hunderte Ärztinnen und Ärzte in den wohlverdienten Ruhestand, es kommen aber nicht genügend von der Uni nach. Wie können wir den Ärztemangel angehen und kann die geplante Landerarztquote den gewünschten Erfolg bringen?

Althusmann: Gegen den Ärztemangel haben wir als CDU bereits ein Maßnahmen-Paket eingeleitet. Zum Beispiel wurden in den letzten

Jahren rund 190 Medizinstudienplätze an den drei niedersächsischen Universitäten mit Medizinstudiengängen zusätzlich geschaffen. Wir wollen aber mehr. Darum bauen wir die Lehr-Kapazitäten weiter aus. Hierzu werden wir bis zu 200 zusätzliche Studienplätze in der Humanmedizin, 50 zusätzliche Studienplätze in der Zahnmedizin und 20 zusätzliche Studienplätze im Bereich der Pharmazie schaffen. Ebenso werden wir den Vorrang der Selbstverwaltung forcieren. Vertragsärztinnen und Vertragsärzte wissen wie Krankenkassen genau, was für die Versorgung von Patientinnen und Patienten notwendig ist.

Die Versorgungsqualität bis in die letzte Lebensphase ist wichtig.



Können eine bezahlbare Pflege und die palliativmedizinischen Angebote überall in Niedersachsen verbessert werden?

Althusmann: Eine qualitativ hochwertige und zugleich bezahlbare Pflege ist ein zentrales Thema für unsere Gesellschaft, das mir auch persönlich sehr am Herzen liegt. Mein Vater ist vor seinem Tod zum Pflegefall geworden, was in erster Linie für meine Mutter eine große Belastung war. Die pflegepolitischen Entscheidungen der kommenden Jahre werden mit darüber entscheiden, ob wir auch zukünftig menschenwürdig im Alter leben können. Gute Pflege hängt zualererst von den Menschen ab, die sie ausüben. Deshalb müssen wir Pflegerinnen und Pfleger in Niedersachsen, die sowohl ambulant als auch stationär in den vielen Einrichtungen Herausragendes leisten, bestmöglich unterstützen. Um dem Fachkräftemangel in diesem Bereich zu begegnen, wollen wir in den nächsten fünf Jahren 5.000 zusätzliche Pflegekräfte für Niedersachsen gewinnen und einen niedersächsischen Pflegebeauftragten ins Leben rufen, der dieses Programm leitet und es maßgeblich vorantreibt. Ebenso werden wir ein eigenes Landespflegegeld für pflegende Angehörige einführen, damit Pflege nicht zur Armutsfalle wird.

Wer selbstbestimmt im Alter fernab von der Großstadt leben möchte, braucht erreichbare Versorgungsangebote. Wie kann eine entsprechende Mobilität erreicht werden?

Althusmann: Wir werden für die Mobilität der Zukunft den Öffentlichen- und den Schienen-Personenahverkehr weiter vorantreiben und bereits bestehende Förderprogramme optimaler aufeinander abstimmen, um bessere und klimaneutrale Verbindungen im ländlichen Raum effizienter miteinander zu verknüpfen. Dazu muss es eine verbund- und landkreisübergreifende Fahrplangestaltung geben, damit ein besserer Anschluss im öffentlichen Nahverkehr über Landkreisgrenzen hinweg Realität wird. Zusätzlich werden wir



Foto: CDU Niedersachsen

den Einsatz von Sammeltaxis und Bürgerbussen finanziell unterstützen und fördern, damit die Mobilität vor allem im ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen gestärkt wird.

Das Leben im Alter muss bezahlbar bleiben. Können die gestiegenen Preise für Energie, Lebensmittel und Miete bei niedrigen Einkünften und kleinen Rentenansprüchen abgedeckt werden?

Althusmann: Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Ampelkoalition ein Entlastungspaket auf den Weg gebracht hat, ohne unsere Seniorinnen und Senioren zu bedenken. Das war ein großer Fehler. Denn die 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner sind ebenso unmittelbar von den Preissteigerungen betroffen, wie die Erwerbstätigen. Zudem wird die Rentenerhöhung von der Inflation aufgezehrt. Die Ampel-Regierung lässt die Generation im Stich, die am meisten für unser Land getan hat. Besonders bei einer kleinen Rente brauchen die Menschen schnell Entlastung bei steigenden Energiekosten. Sonst drohen viele von ihnen durch künftige Heizkostenabrechnungen in die Armut abzurutschen. Von einer sozial gerechten Entlastung für die Mitte der Gesellschaft kann man bisher beim so-

genannten Entlastungspaket beim besten Willen nicht sprechen. Die Ampel schnürt immer wieder kleine Pakete, statt einen großen Wurf vorzulegen. Ich erwarte von der Bundesregierung endlich einen Plan, wie sie unsere Seniorinnen und Senioren unterstützen will. Wir brauchen eine effektive und schnelle Entlastung der breiten Mitte der Gesellschaft, gerade auch der älteren Generation.

Eine gute Bildung und Ausbildung für unsere Enkel sind der Schlüssel für eine gute Zukunft. Können wir davon ausgehen, dass hier Vorsorge getroffen wird?

Althusmann: Die Ausgestaltung des Lebens- und Lernortes Schule hat eine hohe gesellschaftliche Bedeutung. Hier geht es um beste Chancen für unsere Kinder. Diese gilt es wahrzunehmen, anzuerkennen und in schulpolitischen Weichenstellungen stets mitzudenken. Unser Verständnis von Schulbildung ist und bleibt, dass unsere Kinder und Jugendlichen befähigen werden sollen, in einer Welt des Wandels die Kompetenzen für ein selbstbestimmtes Leben zu entwickeln. Wir wollen keine neue Schulstrukturdiskussion, sondern eine hohe Unterrichtsqualität, eine gute, individuelle Förderung sowie qualitativ hochwertige Bildungsabschlüsse an allen Schul-



Fotos (2): CDU Niedersachsen

formen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die derzeit schlechte Unterrichtsversorgung in Niedersachsen aber erst einmal deutlich verbessert werden und landesweit dauerhaft über 100 Prozent steigen. Als ehemaliger Kultusminister weiß ich sehr genau, wo es hier klemmt. Wir geben ab der kommenden Legislaturperiode eine Unterrichtsgarantie von über 100 Prozent und eine Garantie für mehr Verlässlichkeit an unseren allgemeinbildenden und berufsbilden-

den Schulen. Dafür werden wir eine Lehrkräfteoffensive starten und 5000 neue Lehrer in den nächsten fünf Jahren zusätzlich einstellen. Ebenso machen wir uns für den Erhalt aller Förderschulen stark. Sie merken, ich habe einen klaren Gestaltungsanspruch und habe deshalb auch viel vor für und mit den Menschen in Niedersachsen in den kommenden zehn Jahren. Ich möchte, dass unser Land weiter springt, denn wir können mehr.

+++++

Wir wollen Verantwortung übernehmen. Dafür braucht dieses großartige Land eine starke Stimme mit Bernd Althusmann als neuen Ministerpräsidenten mit einer CDU-geführten Landesregierung.

+++++

**LANDTAGSWAHL
9. OKTOBER 2022**

**Senjoren
Union**  **CDU**

**Wir wählen
Bernd Althusmann**

 | **CDU**

#WEITERSPRINGEN

Foto: CDU Niedersachsen



Sturmfest und erdverwachsen

Hannover. Wir leben in einer der schönsten Regionen Deutschlands. Hier bei uns ergänzt sich wirtschaftlicher Erfolg mit sozialer Sicherheit, gesellschaftlicher Stabilität und Weltoffenheit. Unverwechselbar wird unser Land aber erst durch uns Niedersachsen – wir sind sturmfest und erdverwachsen. Wir halten zusammen, wenn es gilt, schwierige Situationen zu meistern.

In den stetigen Veränderungen unserer Zeit ist ein klarer Kurs notwendig. Ein Kurs, der politischen Prinzipien folgt und der mit Offenheit und Lernfähigkeit neue Wege beschreitet. In Niedersachsen und in uns allen steckt mehr. Wir alle lieben unser Land und wollen es gemeinsam ins Spitzenfeld der deutschen Bundesländer führen. Wir bringen Niedersachsen voran und machen es fit für die Zukunft für uns und für die nachfolgenden Generationen. Das ist unser Wahlprogramm in Kürze:

10 Punkte, die unser Land voranbringen.

1. Für ein bezahlbares Leben: Entschlossenes Handeln und stringente Politik gegen steigende Kosten für Energie, Lebensmittel und Wohnraum.

2. Wohlstand statt Stillstand: Arbeitsplätze schaffen und schützen, für Wachstum sorgen durch gezielte Unterstützung der Betriebe und Investitionen für eine bessere Fortbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

3. Bildung voranbringen, Kinder schützen: Den Lernort Schule stärken. Niedersachsen zum kinderfreundlichsten Bundesland machen.

4. Beste Chancen für jeden Berufsstart: Mit Ausbildung oder Studium neue Perspektiven schaffen.

5. Gesundheit ist das höchste Gut: Exzellente Gesundheitsversorgung und Pflege für alle Niedersachsen.

6. Freiheit braucht Sicherheit: An allen Orten und in jeder Lebenslage konsequent gegen jede Form von Kriminalität vorgehen.

7. Unsere Heimat bewahren: Den ländlichen Raum stärken, Umwelt schützen, dem Klimawandel entgegenwirken und unserer Landwirtschaft Perspektiven geben.

8. Bereit für das Update zum digitalen und modernen Staat: Mit einer Politik des Vertrauens unsere Kommunen stärken und konsequent Verwaltung digitalisieren und Bürokratie abbauen.

9. Gemeinsam sind wir stärker: Für Vielfalt und Zusammenhalt.

10. Schulden sind kein gutes Erbe: Wir übernehmen mit einer soliden Finanzpolitik Verantwortung auch für die nächsten Generationen.



Gut zu wissen: Am 9. Oktober 2022 entscheiden Sie darüber, wer die Zukunft in Niedersachsen gestaltet. Es ist eine Richtungswahl von großer Bedeutung. Wer mag, kann das auch jetzt schon per Briefwahl machen. So geht's:

Direkt im Rathaus wählen.

Nutzen Sie die nächste Gelegenheit und wählen Sie während der Öffnungszeiten direkt im Rathaus (Briefwahlstelle). Das ist bis **zum 7. Oktober 2022** möglich. Sie benötigen lediglich Ihren Personalausweis.

Per Briefwahl wählen.

Mit Ihrer Wahlbenachrichtigungskarte können Sie Briefwahl beantragen. Karte ausfüllen und an die angegebene Adresse senden. Ihre Wahlunterlagen bekommen Sie per Post. Denken Sie an die Postlaufzeiten! Schicken Sie Ihre Wahlunterlagen so rechtzeitig an die Briefwahlstelle zurück, dass diese **bis spätestens zum 9. Oktober 2022** dort eingegangen sind. **Sonst sind sie ungültig!**

In Ihrem Wahllokal wählen.

Am 9. Oktober 2022 von 8.00 bis 18.00 Uhr können Sie wie gewohnt Ihre Stimme in ihrem Wahllokal abgeben. Ein schönes Ziel für einen Sonntagsspaziergang mit Familie und Freunden.



Senioren geben Startschuss zum Landtagswahlkampf in Niedersachsen!

Oldenburg. „Jung und Alt gemeinsam“ mit dieser Aktion holten Junge Union und Senioren-Union den Spitzenkandidaten der CDU Niedersachsen, Dr. Bernd Althusmann, nach Vechta, der Hochburg der CDU im Oldenburger Landesverband. Dr. Althusmann zeigte sich überzeugt, dass die CDU bei der Landtagswahl am 9. Oktober die absolute Mehrheit erringen wird. Mit ihm kämpfen die Landtagskandidaten des Kreisverbandes Vechta, Christian Calderone und André Hüttemeyer. Weitere Stationen des Vorsitzenden der CDU in Niedersachsen führten nach Bad Zwischenahn und Oldenburg.

Als Überraschungsgast tauchte der Landtagskandidat des Ammerlandes (ohne Rastede) Jens Nacke MdL, nach einer Hafenrundfahrt der Senioren-Union Ammerland in Wilhelmshaven zu einem Blitzbesuch auf. Landesvorsitzende Heidi Exner hatte ihn gebeten, vor Ort über den



Links Heidi Exner und Jens Nacke MdL.



Diskussion nach Besichtigung der LNG Baustelle.

weiteren Ausbau des Hafens mit einem LNG Terminal zu berichten. Die Teilnehmer zeigten große Interesse, denn mit dem Ausbau wird die Northwest-Region Niedersachsens gestärkt und die Abhängigkeit von anderen Staaten in der Energieversorgung verringert. Eine weitere Chance erhält Jens Nacke MdL gemeinsam mit dem niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kultur, Björn Thümler, der als Landtagskandidat den Kreisverband Wersermarsch und die Gemeinde Rastede (Ammerland) zu seinem Wahlkreis zählt, am Tisch der Generationen. Der Tisch der Generationen wurde im vergangenen Jahr zum ersten Mal durchgeführt. Auf Einladung von Heidi Exner nehmen in diesem Jahr nicht nur die bereits erwähnten Personen Platz, sondern auch als besonderer Ehrengast der Bundesvorsitzende der Senioren-Union Prof. Dr. Otto Wulff.

„Grundsätzlich CDU“

Oldenburg. Zum diesjährigen Landesdelegiertentag am 12. Juli trafen sich die Delegierten der Senioren-Union Oldenburg im Etkhorner Krug. Durch die Corona-Krise war es nur schwerlich, Treffen, Veranstaltungen und Versammlungen durchzuführen. Umso mehr freuten sich die Gäste aus den neun Kreisverbänden auf diese Tagung. Es galt Berichte entgegenzunehmen und sich auf die Landtagswahl im Herbst einzustimmen. Die Senioren gehören zwischenzeitlich zur stärksten Wählergruppe und haben die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen maßgeblich entschieden. Als Gastrednerin konnte Heidi Exner, die Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Oldenburg und zugleich stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU-Deutschlands, Silvia Breher MdB begrüßen.

Die Delegierten und Landesvorsitzende Heidi Exner verfolgten die Informationen des Ehrengastes über die Arbeit in Berlin. Breher bemängelte die unzureichende Umsetzung von EU-Beschlüssen durch die Bundesregierung. Zum Beispiel würden vorgehaltene Ackerbauflächen nicht zum Anbau für Lebensmittel freigegeben. In unseren Nachbarländern geschieht das, um einen Beitrag zur Ernährung der Weltbevölkerung zu leisten.



Mit einem Blumenstrauß dankten Heidi Exner und die Delegierten der Bundestagsabgeordneten Silvia Breher für ihren Vortrag.



Bad Camberg. Nach mehr als zwei Jahren bot die Senioren-Union Bad Camberg wieder eine Bildungsfahrt an. Dieses Mal ging es in die barocke Residenzstadt Weilburg an der Lahn. Es war ein abwechslungsreiches Programm mit einer Mischung aus Kultur, Politik und Zeit zum Genießen vorbereitet. In Weilburg wurde die Gruppe durch Bürgermeister Dr. Johannes Hanisch (CDU) auf dem Marktplatz empfangen.



Obertshausen. Nach zwei Jahren konnte die Senioren-Union Obertshausen endlich wieder auf Musicalreise gehen. Diesmal war die Barockstadt Fulda Ziel der unternehmungslustigen Seniorinnen und Senioren. Dort erlebten sie die außergewöhnliche Neu-Inszenierung des Musicals „Robin Hood“ im Schlosstheater mit Musik aus der Feder von Chris de Burgh und Dennis Martin.



Rödermark. Die Senioren-Union Rödermark konnte endlich den zweimal verschobenen mehrtägigen Ausflug nach Reith antreten. Zwischenstopps auf dem Hinweg in Fulda und auf dem Rückweg in Steinau an der Straße, Fahrten nach Bad Brückenau, Bad Kissingen oder zur Wasserkappe und eine Planwagenfahrt mit viel Gesang standen unter anderem auf dem abwechslungsreichen Programm.



Energiepolitik diskutiert mit Metzler

Rheinland-Pfalz. Großer Unmut herrschte in der Senioren-Union Rheinland-Pfalz angesichts der hohen Preissteigerungen für Strom, Gas und Heizöl. „Viele Rentnerinnen und Rentner mit geringen Altersbezügen sehen sich in ihrer Existenz bedroht“, so der Landesvorsitzende Dr. Ludwig. Über Lösungsansätze diskutierte der Landesvorstand mit dem stellv. CDU Landesvorsitzenden Jan Metzler MdB. Als Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Bundestags, teile er die Kritik an der Energiepauschale der Bundesregierung, die große Teile der Bevölkerung nicht berücksichtige. So gingen nicht nur die Bezieher von Altersbezügen, sondern auch Studierende bei der Entlastung leer aus. Dr. Ludwig kritisierte, dass das Vorgehen der Ampel-Koalition willkürlich, unsozial und zu tiefst ungerecht sei, denn es treffe die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen am stärksten. Metzler betonte, dass die CDU/CSU-Opposition im Bundestag bereits Nachbesserungen bei der Energiepauschale gefordert habe. Der Staat dürfe ferner über die Mehrwertsteuer nicht noch von den hohen Energiepreisen profitieren. Dies gelte auch für die geplante Gasumlage der Bundesregierung.

Auch wenn inhaltlich alle einer Meinung waren, monierte der Landesvorstand die Kommunikation der Union im Bund. So seien die Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht nur in der Mitgliedschaft, sondern auch in großen Teilen der Bevölkerung oftmals unbekannt. Metzler nahm die Kritik an und versprach, diese an die Fraktionsführung in Berlin weiterzugeben.



Jan Metzler MdB diskutiert mit dem Landesvorstand der Senioren-Union.



Generationendialog ist die Zielsetzung

Saarland. Was früher auf Bundesebene sehr erfolgreich mit Prof. Dr. Otto Wulff (SU) und Philipp Mißfelder (JU) aufgebaut wurde, ein Konsens der Verständigung von Jung & Alt, sollte nun auch unterstützt vom neuen Generalsekretär der Saar-CDU, Frank Wagner, im Saarland umgesetzt werden. Ein relativ schnelles Treffen der entsprechenden Landesvorsitzenden der Vereinigungen Junge Union und Senioren-Union brachte viele gemeinsame Themen auf den Tisch. Ein großes Thema ist dabei die erdrückende Entwicklung der Energiepreise, verbunden mit der Wohnraumsituation für Jung & Alt und der Vorsorge für eine intakte Umwelt, um nicht alles den Enkeln aufbürden zu müssen. Angedacht ist hierzu ein Energie-Aktionstag mit vielen Anregungen für eine generationengerechte Zukunft.

Um das Miteinander und den Zusammenhalt der Generationen zu fördern lud man zum Start gemeinsam ein, zur Generationenwanderung, die sich auf Anhieb zum Erfolgs-



Fotos: SU Saar / Mathias Blum für JU/SU

CDU-Generalsekretär Frank Wagner, JU-LV Frederic Becker, SU-LV Manfred Maurer und neue gemeinsame Geschäftsführerin Carolin Mathieu.

modell entwickelte. Bestens vorbereitet waren Wanderführerin Dr. Kathrin Müller und Wanderführer Philip Demmer in der Führung über die „Traumschleife Forsthofrunde“. Die Wirkung wurde nicht verfehlt, im Gegenteil gute und anregende Gespräche zwischen Jung & Alt wurden während der Wanderung und beim anschließenden gemütlichen Beisammensein sehr lebhaft geführt.

Die klare Botschaft von allen Teilnehmern war, dass eine Wiederholung in jedem Fall erwünscht sei. Auch die politischen kritischen Botschaften vom Generalsekretär zur neuen Saarregierung waren von großem Interesse. Sehr zufrieden waren die Landesvorsitzenden von Senioren Union, Manfred Maurer und Frederic Becker von der Jungen Union, die die klare Botschaft an die Politik überbrachten und der gemeinsamen Geschäftsführerin in den Rucksack steckten: zukünftige Politik muss gut sein für Jung & Alt.



Neuwahlen Senioren-Union RD-ECK

Schleswig-Holstein. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, aber ist Gleichbehandlung gerecht, wenn zum Beispiel der Staat beim Verteilen von Steuergeldern nach dem Gießkannenprinzip Arme und Reiche gleich bedenkt? Mit dieser Frage eröffnete Heinz Zimmermann-Stock, Vorsitzender der Senioren-Union im Kreis Rendsburg-Eckernförde, die Jahreshauptversammlung der CDU-Seniorenvereinigung im großen Saal des Schützenhofs Wittensee und legte damit gleich das Thema fest, mit dem sich die Senioren-Union in nächster Zeit beschäftigen will. Auf der Versammlung stand die Neuwahl des Vorstands an. Zuvor bekam als Gastredner der CDU-Fraktionsvorsitzende des Rendsburg-Eckernförder Kreistages, Tim Albrecht, das Wort. Er nahm Stellung zum Erhalt des Krankenhausstandortes Eckernförde. Für ihn bietet die bestmögliche Versorgung der Standorte Rendsburg und Eckernförde

aus medizinischer Sicht die „Variante 5“. Sie sei zugleich auch zukunftsfähig. Weiterhin informierte er über den ÖPNV und die Resolution des Kreistages zur Ukraine. Solidarität mit der Ukraine und den Geflüchteten wurden dort bekräftigt. Weiterhin wurde der sofortige Waffenstillstand und dem sich daran anschließenden vollständigen Abzug der russischen Truppen gefordert.

Nach seinem Rechenschaftsbericht ehrte Zimmermann-Stock zwei verdiente Vorstandsmitglieder, Wilhelm Petersen und Hans Groth-Jansen, mit der silbernen Ehrennadel der Senioren-Union Deutschlands. Sie wurde jetzt erstmalig im Kreis Rendsburg-Eckernförde verliehen.

Anschließend fand die Vorstandswahl statt, die wegen der Corona-Pandemie seit zwei Jahren bereits überfällig geworden war. Gewählt wurden: Heinz Zimmermann-Stock (Vorsitzender); Holger Tewes (1. Stellv. Vors.); Hans-Heinrich Kohnke



Foto: Christina Bünger

Wilhelm Petersen aus Osterrönfeld und Hans Groth-Jansen aus Jahrsdorf erhielten für ihre Verdienste um die Senioren-Union im Kreis Rendsburg-Eckernförde die Silberne Ehrennadel der Senioren-Union Deutschlands. Von links: Wilhelm Petersen, Heinz Zimmermann-Stock, Hans Groth-Jansen.

(2. Stellv. Vors.); Wilhelm Petersen (Schriftführer); Christina Bünger (Mitgliederbeauftragte); Detlef Götsche (Beisitzer); Kirsten Holst (Beisitzerin) und Hans-Dieter Kitschke (Beisitzer).



Foto: Darius Ramazani / Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e. V.

Brot ist ein kostbares Gut.

Baden-Württemberg. Im Mittelpunkt der politischen Arbeit der Senioren-Union Baden-Württemberg stand in den vergangenen Monaten die inhaltliche Diskussion. Neben seniorenspezifischen Themen ging es dabei auch um allgemeine politische Fragen, weil sich die Senioren-Union nicht auf die Themen der älteren Generation reduzieren lassen möchte, getreu dem vom Vorsitzenden Rainer Wieland ausgegebenen Motto: „Zukunft braucht Erfahrung!“

Die Diskussionen beschäftigten sich schwerpunktmäßig mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Die Senioren-Union kritisiert sowohl die zu zögerliche Lieferung schwerer Waffen durch die Ampel-Koalition wie auch die Verharmlosung des Krieges durch die AfD. Die Seniorinnen und Senioren waren sich einig, dass gerade bei diesem Thema Erfahrung eine wichtige Rolle spielt. Sie dachten dabei an den Kalten Krieg, den der Westen aus verschiedenen Gründen gewonnen hat. Zentrale politische Bedeutung hatten dabei die militärischen Fähigkeiten und die glaubhafte Versicherung, zum Nato-Beistandspakt zu stehen. Die Senioren-Union Baden-Württemberg begrüßt deshalb die Nato-Beschlüsse zu einer Verstärkung der militärischen Anstrengungen und hofft auf deren schnelle Umsetzung.

Die Senioren-Union befasste sich auch mit den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs. Russland führt diesen Krieg mit vielen unerlaubten Mitteln – auch dadurch, dass es längere Zeit Getreidelieferungen aus der Ukraine verhindert hat.

Der Senioren-Union war es deshalb wichtig, den Tag des Deutschen Brotes am 18. Mai in diesem Jahr in besonderer Weise zu würdigen. Vor dem Hintergrund

des Krieges bekommt dieser Tag den Charakter eines Mahntages, der uns den Respekt vor dem „Stück Brot“ in Erinnerung ruft. Vor allem die Nachkriegsgeneration in Deutschland kann sich noch sehr gut an die Zeiten mit vielen Entbehrungen erinnern und weiß jedes Stück Brot zu schätzen.

Die Senioren-Union beschäftigte sich auch mit den Auswirkungen des Krieges, die die ältere Generation in besonderer Weise betreffen. Die Senioren-Union befürchtet, dass viele Rentnerinnen und Rentner durch die aktuellen Preiserhöhungen für Energie, Mieten und Lebensmittel in eine existenzielle Notlage geraten könnten. „Bei der nächsten Nebenkostenabrechnung drohen böse Überraschungen mit hohen Nachzahlungen“, warnte Rainer Wieland. „Die Politik muss verhindern“, so der Vizepräsident des Europaparlaments, „dass Menschen, die dann in finanzielle Zwangslagen geraten oder Zahlungsfristen nicht einhalten können, die Wohnung gekündigt wird.“ In diesem Zusammenhang erneuerte die Senioren-Union die Forderung, die geplante Energiepauschale von einmalig 300 Euro auch an Empfänger von Versorgungsbezügen zu zahlen. „Alles andere wäre ein Skandal“, so Wieland.

Außerdem kritisierte er den Vorschlag des Präsidenten der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, miethrechtliche Vorgaben von Mindesttemperaturen in Wohnungen (z.B. 20 bis 22 Grad) zeitweise auszusetzen. „Wenn wegen russischer Exportkürzungen von Öl oder Gas gespart werden muss, darf man nicht zuerst bei den Schwächsten ansetzen.“ Stattdessen müsse verhindert werden, dass Energiekonzerne und Stadtwerke im Zuge der höheren Preise Mitnahmeeffekte zu Lasten der Verbraucher erzielen“, sagte Wieland.

Herausgeber:

Senioren-Union der CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin

Chefredaktion:

Claus Bernhold (v. i. S. d. P.) Claus.Bernhold@cdu.de

Redaktion für die Landesverbände (v. i. S. d. P.):

- Baden-Württemberg:
Daniela Guglielmi, dg@cdu-kv-lb.de
Georg Müller, georg.mueller.web@freenet.de
- Berlin:
Werner Robertz, werner.robertz@gmx.net
- Brandenburg:
Bruno Schwaibold, bschwai@hotmail.com
- Bremen:
Tobias Hentze, hentze@cdu-bremen.de
- Hamburg:
Michael Ohm, ohm@cduhamburg.de
- Hessen:
Ismail Tipi MdL, i.tipi@tg.hessen.de
- Mecklenburg-Vorpommern:
Helga Karp, helga.karp@hofkarp.de
- Nordrhein-Westfalen:
Heinz Soth, heinz.soth@cdu.nrw
- Niedersachsen:
Rainer Hajek, Rainer.Hajek@freenet.de
- Oldenburg:
Josef Holtvogt, holtvogt@cdu-ol.de
- Rheinland-Pfalz:
Ralf Glesius, ralf.glesius@rlp.cdu.de
- Saarland:
Manfred Maurer, regionalverband@manfred-maurer.de
- Sachsen:
Peter Liebers, senioren-union@cdu-sachsen.de
- Sachsen-Anhalt:
Prof. Dr. Wolfgang Merbach, merbach@landw.uni-halle.de
- Schleswig-Holstein:
Helga Lucas, helga.lucas@cdu-sh.de
- Thüringen:
Gisela Heym, giselahey@web.de

Verlag und Druck

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802213, Telefax: 02226 802222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
Geschäftsführer: Jürgen von Meer

Projektleitung

Gabriele Grabowski
E-Mail: gabriele.grabowski@ubgnet.de
Sonja Bach-Meiers
E-Mail: verlag@ubgnet.de

Art-Direktion

UBG, Betriebsstätte Berlin

Titelbilder: SU NRW, SU Bremen, CDU Niedersachsen, Gisbert Döthmann, J. Holtvogt, SU Hessen, SU RLP, SU Saar/Mathias Blum für JU/SU, Christina Bürger, Darius Ramazani/Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e. V., SU Thüringen

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck und Verwendung
nur mit Genehmigung der Senioren-Union
der CDU Deutschlands.

Namentlich gezeichnete Beiträge und Kommentare
liegen in der Verantwortung der jeweiligen Länderredaktion
beziehungsweise der Verfasserin/des Verfassers und
geben nicht unbedingt die Meinung der Chefredaktion wieder.

Innere Sicherheit und Schutzmaßnahmen für Senioren im Alltag

Erfurt. Mit einem für Senioren sehr wichtigem Thema befassten sich der erweiterte Landesvorstand und die Kreisvorsitzenden der Thüringer Senioren-Union in einer Veranstaltung im Juli und hatten dazu den stellv. CDU-Landesvorsitzenden und innenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, Raymond Walk, eingeladen.

Dieser konnte seine Ausführungen mit einer taufrischen Nachricht aus dem Landtag beginnen: „Die seit langem immer wieder von uns geforderte Sicherheitsausrüstung für die Polizei im Freistaat und die Ausrüstung mit Kameras und die damit verbundene Möglichkeit von Tataufzeichnungen wird nun endlich Wirklichkeit. Immer wieder wurde sie von der Rot-Rot-Grünen-Minderheitsregierung mit fadenscheinigen Gründen blockiert. Das ist nun eine längst fällige Wertschätzung unserer Polizei.“



Innenpolitischer Sprecher Raymond Walk MdL, Landesvorsitzender Rolf Berend und stellv. Landesvorsitzender Siegfried Wetzel.

Den Hauptteil der Ausführungen und der sich anschließenden Aussprache umfasste die Thematik Sicherheit im Alltag für Senioren auf der Straße, an der Haustür, am Telefon und in vielen anderen Situationen. Wertvolle Hinweise wurden gegeben hinsichtlich des Verhaltens bei betrügerischen Anrufen, denen vor allem ältere Menschen ausgesetzt seien. Sie stünden auch wegen ihrer oft nachgesagten Höflichkeit und Hilfsbereitschaft im Focus von Trickbetrügnern und -dieben. Oft würden Straftaten von den Opfern gar nicht erst zur Anzeige gebracht, weil sich Senioren schämten und Sorge hätten, von Angehörigen als alterswahr gehalten zu werden. Es sei wichtig zu wissen, wie Täter arbeiteten und wie man sich selbst durch Aufmerksamkeit und Verhaltensänderung besser schützen könne. Dazu habe eine solche Veranstaltung ganz sicher beigetragen, war die einhellige Meinung der Senioren.